



15. Dezember 2009

## Kopenhagen muss vergleichbare Wettbewerbsbedingungen herstellen

„Die Stahlindustrie in Deutschland bekennt sich zum Klimaschutz“, bestätigt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Sie habe ihre durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen je Tonne Walzstahl seit 1990 um 21,4 Prozent verringert. „Wir sind bereit, weitere Anstrengungen zu unternehmen.“ Damit es nicht zu Verlagerung von Produktion, Arbeitsplätzen und Emissionen in außereuropäische Regionen komme, müssten im Rahmen des internationalen Klimaabkommens in Kopenhagen gleiche Ausgangsbedingungen für die Stahlstandorte der Welt geschaffen werden. Andernfalls wären nicht nur die Stahlindustrie in Deutschland, sondern auch die mit ihr zusammenhängenden industriellen Wertschöpfungsketten einschließlich der Produktion klimaschonender Produkte und Technologien bedroht. Ein schlechtes Abkommen diene nicht dem Klima.

Ein Klimaabkommen sollte alle wichtigen Stahlstandorte einbeziehen. Allein auf China entfallen heute mehr als 50 Prozent der weltweiten Emissionen der Stahlindustrie. „Anders als im Kyoto-Protokoll müssen alle bedeutenden Stahlregionen und somit auch die Schwellenländer, wie insbesondere China, Indien, Brasilien und Russland, in die Verpflichtungen zur Emissionsminderung einbezogen werden“, so Kerkhoff.

Die EU habe bereits eine Senkung der Treibhausgasemissionen von mindestens 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 zugesagt. Die Bundesregierung strebe laut Koalitionsvertrag sogar minus 40 Prozent an. Während für Industrieländer absolute Reduktionsziele angesteuert würden, böten Schwellenländer lediglich eine Begrenzung des Emissionswachstums an. Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Stahlindustrie seien aber nur zu vermeiden, wenn in allen wichtigen Stahlregionen der Welt vergleichbare Minderungsziele vorgegeben werden. „Solange das Abkommen keine gleichen Wettbewerbsbedingungen gewährleistet, müssen der Stahlindustrie CO<sub>2</sub>-Zertifikate in der EU auf Basis technisch und wirtschaftlich erreichbarer Benchmarks vollständig kostenlos zugeteilt werden“, fordert der Stahlverbandpräsident.

Der Finanzbedarf für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern werde bis 2020 bei 100 Milliarden Euro pro Jahr liegen, so die EU. „Bei Finanzierungszusagen sollte die EU den europäischen Volkswirtschaften und ihren Industrien keine Finanzmittel entziehen, die sie selbst für Reduktionsmaßnahmen und die Entwicklung neuer Technologien benötigen“, mahnt Kerkhoff. Ansonsten würde dies zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Perspektiven der EU führen.

*Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 95.000 Mitarbeiter.*

**Rückfragen:** Beate Brüninghaus Fon + 49(0)211 6707-115 oder 116

[beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de](mailto:beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de)